

August 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Weiterhin Kritik an Berliner Regierungsarbeit	5
Wenig Vertrauen in unionsgeführte Bundesregierung.....	6
Kaum Zutrauen in Friedrich Merz und die CDU	7
CDU-Unvereinbarkeitsbeschluss zu AfD und Linken: Gegenwind aus Ostdeutschland.....	8
Umgang mit AfD-Anträgen auf kommunaler Ebene: Mehrheit wünscht sich Pragmatismus.....	9
Politikerzufriedenheit: Scholz und Merz mit persönlichen Tiefstwerten.....	10
Sonntagsfrage: AfD mit neuem Allzeithoch.....	12
Weiter große Zweifel an gerechten Verhältnissen im Land.....	13
Zuviel Rücksichtnahme auf Interessen von Vermögenden und Flüchtlingen	14
Gestiegenes Interesse an Fußball-WM der Frauen.....	15
Studieninformation.....	17

Zusammenfassung

Die Bundesregierung tut sich auch im August im Urteil der Wahlberechtigten schwer. Nur ein Fünftel der Bundesbürger ist gegenwärtig mit der Berliner Regierungsarbeit zufrieden. Trotzdem ist das Vertrauen in eine unionsgeführte Bundesregierung begrenzt. Dass unter CDU/CSU-Führung die in Deutschland anstehenden Aufgaben und Probleme besser gelöst werden könnten, glaubt ebenfalls nur etwa jeder fünfte Bundesbürger. Daran hat der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz einen nicht unerheblichen Anteil. Nur drei von zehn Bundesbürgern und nur jeder zweite CDU-Anhänger halten ihn für einen guten Parteivorsitzenden. Das Amt des Bundeskanzlers traut ihm aktuell nur jeder sechste Bundesbürger und nicht einmal jeder dritte CDU-Anhänger zu. In der Politikerrangliste fällt Friedrich Merz auf den niedrigsten Zufriedenheitswert im ARD-DeutschlandTREND seit seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz muss Einbußen in seiner Beliebtheit hinnehmen und erreicht ebenfalls den niedrigsten Zustimmungswert seit Amtsantritt.

Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt würde die SPD 17 Prozent (-1 zu Anfang Juli) erzielen. Die Grünen hätten nach leichten Zugewinnen 15 Prozent (+1) in Aussicht. Die FDP käme unverändert auf 7 Prozent. Stärkste Kraft bei einer aktuellen Bundestagswahl wäre trotz leichten Verlusten weiterhin die CDU/CSU mit 27 Prozent (-1). An Platz zwei stünde wie im Vormonat die AfD, die mit 21 Prozent ihren Bestwert aus dem Juli nochmals übertreffen könnte (+1). Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 13 Prozent, darunter die Linke mit 4 Prozent.

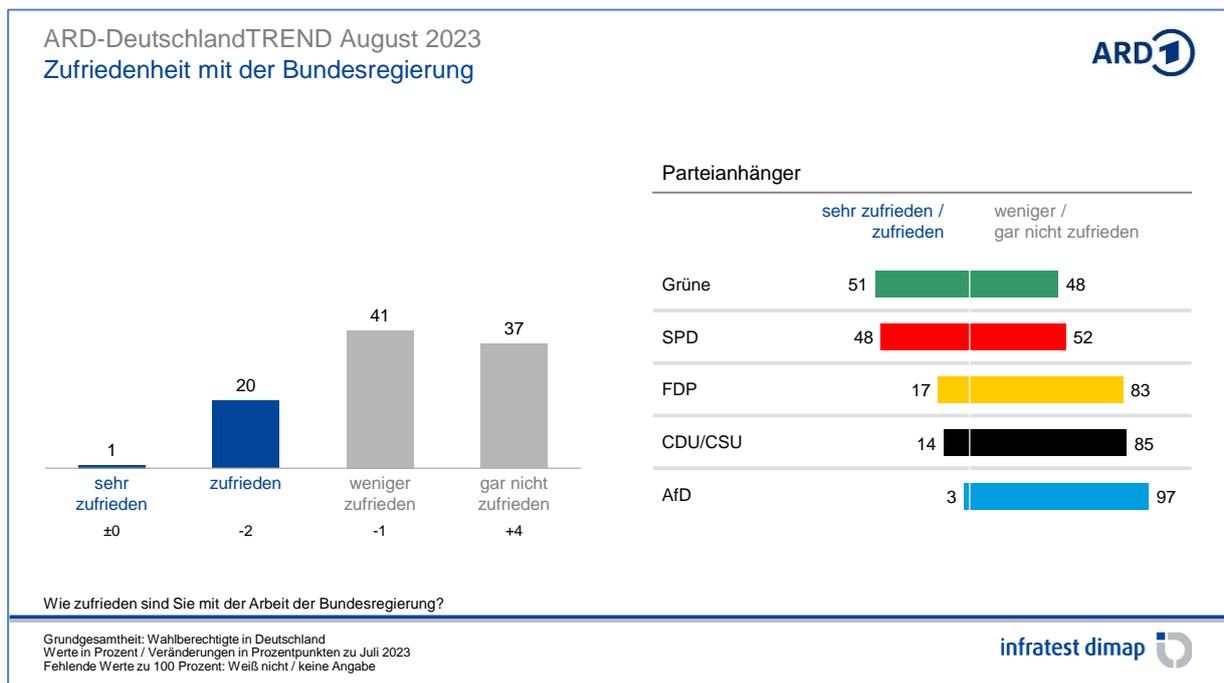
Seitdem vor einigen Wochen erstmals in Deutschland ein AfD-Kandidat zum Landrat gewählt wurde, wird verstärkt darüber diskutiert, wie in Gemeinden, Städten und Landkreisen mit der AfD umgegangen werden soll. Nur jeder vierte Bürger findet, andere Parteien sollten Anträge der AfD grundsätzlich ablehnen. Sieben von zehn sind der Ansicht, dass die Parteien über eine Zustimmung zu AfD-Anträgen von Fall zu Fall entscheiden sollten. Der weiterhin geltende Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU zur Zusammenarbeit mit der AfD findet zwar die mehrheitliche Zustimmung der Wahlberechtigten insgesamt, aber während in Westdeutschland gut zwei von drei Wahlberechtigten die Haltung der CDU begrüßen, ist es in Ostdeutschland nur knapp jeder Zweite.

Aktuell sind 58 Prozent der Bundesbürger der Meinung, es gehe in Deutschland alles in allem eher ungerecht zu. Nur ein gutes Drittel sieht eher gerechte Verhältnisse im Land. Das von der Bevölkerungsmehrheit empfundene Ungerechtigkeitsgefühl hängt in erster Linie mit der Einkommens- und Vermögensverteilung im Lande zusammen. Sechs von zehn sind der Meinung, dass die Politik zu viel Rücksicht auf die Interessen der Vermögenden und zu wenig auf Menschen mit niedrigem Einkommen nimmt. Zuviel Rücksicht nimmt die Politik in den Augen einer Mehrheit auch auf die Interessen von Flüchtlingen, nur ein Drittel sieht eine angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen. Zu wenig Gehör in der Politik finden neben Geringverdienern nach Meinung der Bundesbürger auch Menschen auf dem Land, Familien und sowohl Rentner als auch jüngere Menschen. Als vergleichsweise ausgewogen wird die Interessenvertretung von Stadtbewohnern und Unternehmern bewertet.

Das Interesse an der aktuellen Fußball-WM der Frauen ist mit Beginn und Fortgang des Turniers gestiegen. Mittlerweile interessieren sich 30 Prozent stark oder sogar sehr stark für das Turnier in Australien und Neuseeland. Nach wie vor hat mit 69 Prozent aber eine breite Mehrheit eher geringes oder gar kein Interesse. Trotzdem identifiziert sich ein gutes Drittel der Deutschen stark oder gar sehr stark mit der Nationalmannschaft der Frauen. Mit der Männernationalmannschaft ist die Identifikation aktuell geringer.

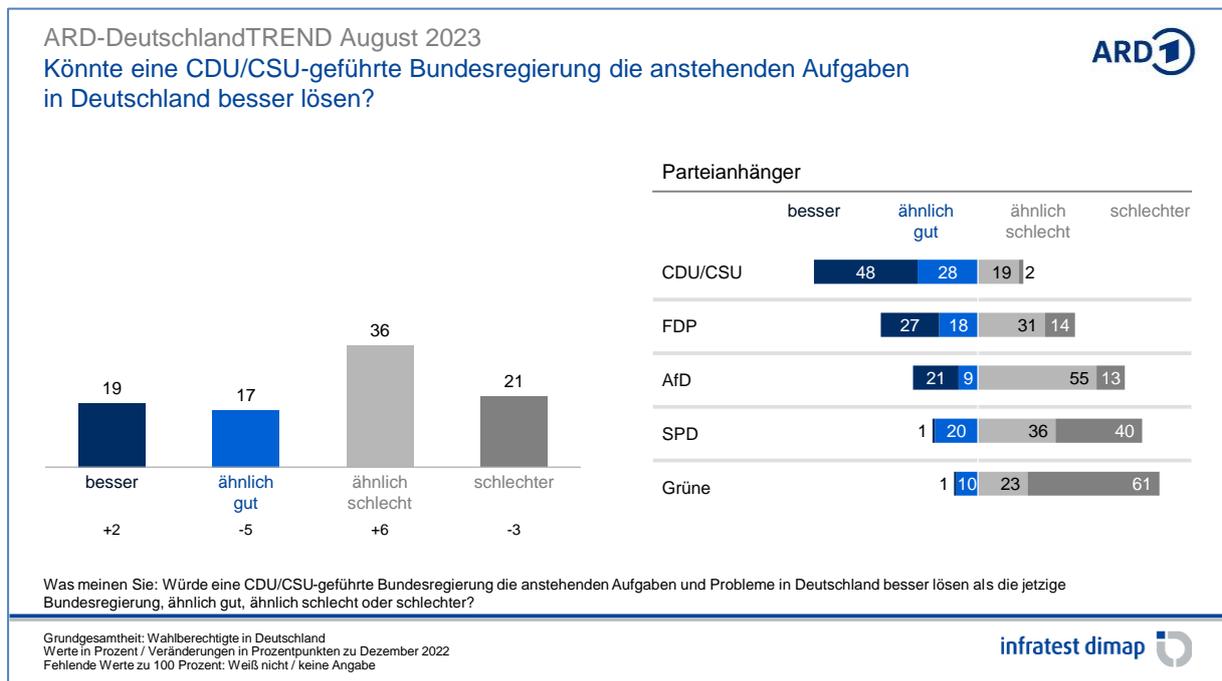
Weiterhin Kritik an Berliner Regierungsarbeit

Die Bundesregierung tut sich auch im August im Urteil der Wahlberechtigten schwer. Nur ein Fünftel der Bundesbürger (21 Prozent; -2 zum Vormonat) – und damit kaum mehr als beim Tiefstand im Juni – ist gegenwärtig mit der Berliner Regierungsarbeit zufrieden, fast vier von fünf (78 Prozent; +3) äußern Kritik. Selbst in den eigenen Reihen überzeugt die Arbeit der Ampel kaum. Die FDP-Anhänger äußern sich bereits seit längerem überwiegend kritisch. Unter den Anhängern von SPD und Grünen halten sich Zustimmung und Ablehnung zur Regierungsarbeit in etwa die Waage.



Wenig Vertrauen in unionsgeführte Bundesregierung

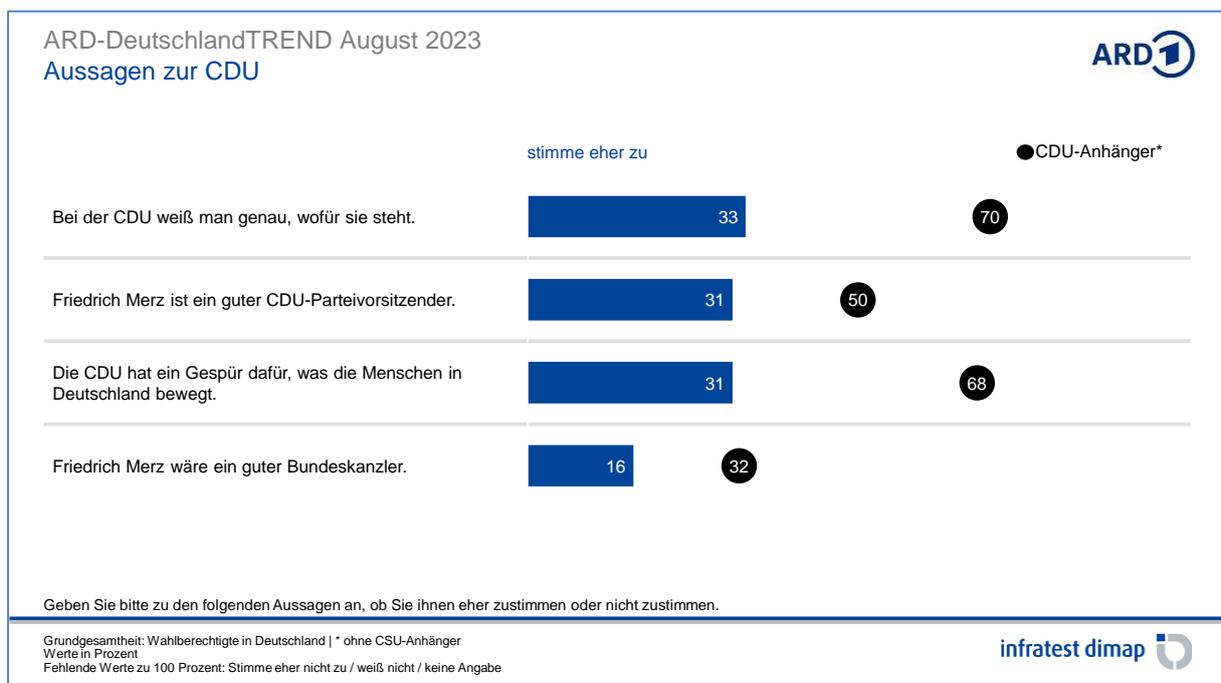
Trotz mehrheitlicher Kritik an der SPD-geführten Ampelkoalition glaubt nur etwa jeder fünfte Bundesbürger (19 Prozent), dass die in Deutschland anstehenden Aufgaben und Probleme unter CDU/CSU-Führung besser gelöst werden könnten. Etwa ebenso viele (21 Prozent) würden unter Unions-Führung mit schlechteren Ergebnissen in der Regierungsarbeit rechnen. Gut jeder zweite Wahlberechtigte (53 Prozent) würde in diesem Fall ähnliche Regierungsleistungen erwarten. Selbst unter den Anhängern der CDU/CSU ist nicht einmal jeder zweite (48 Prozent) überzeugt, dass unter Unions-Führung die Probleme besser angepackt werden würden.



Kaum Zutrauen in Friedrich Merz und die CDU

Dass einer unionsgeführten Bundesregierung nur wenig Hoffnungen weckt, hängt auch mit der schlechten Bewertung des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz zusammen. Nur drei von zehn Bundesbürgern (31 Prozent) und nur jeder zweite CDU-Anhänger (50 Prozent) halten ihn für einen guten Parteivorsitzenden. Im Januar 2022 – kurz vor seiner Wahl zum Vorsitzenden – erwarteten noch 37 Prozent der Bundesbürger und fast zwei Drittel der CDU-Anhänger (65 Prozent), dass er ein guter Vorsitzender werden würde. Das Amt des Bundeskanzlers traut ihm aktuell nur jeder sechste Bundesbürger (16 Prozent) und gerade einmal jeder dritte CDU-Anhänger (32 Prozent) zu.

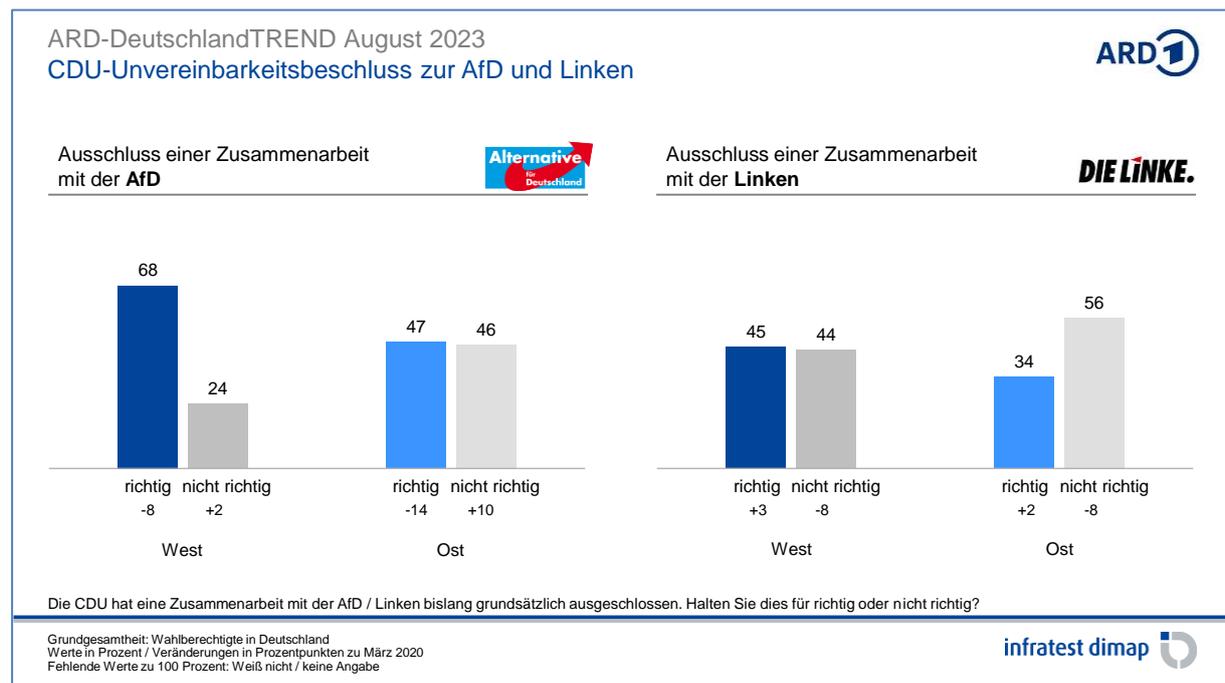
Auch programmatisch hat die CDU in den Augen der Wahlberechtigten aktuell nur wenig zu bieten. Dass man bei der CDU genau wisse, wofür sie steht, attestiert ein Drittel (33 Prozent) der Partei. Ebenso wenige (31 Prozent) finden, die CDU habe ein Gespür dafür, was die Menschen in Deutschland aktuell bewegt.



CDU-Unvereinbarkeitsbeschluss zu AfD und Linken: Gegenwind aus Ostdeutschland

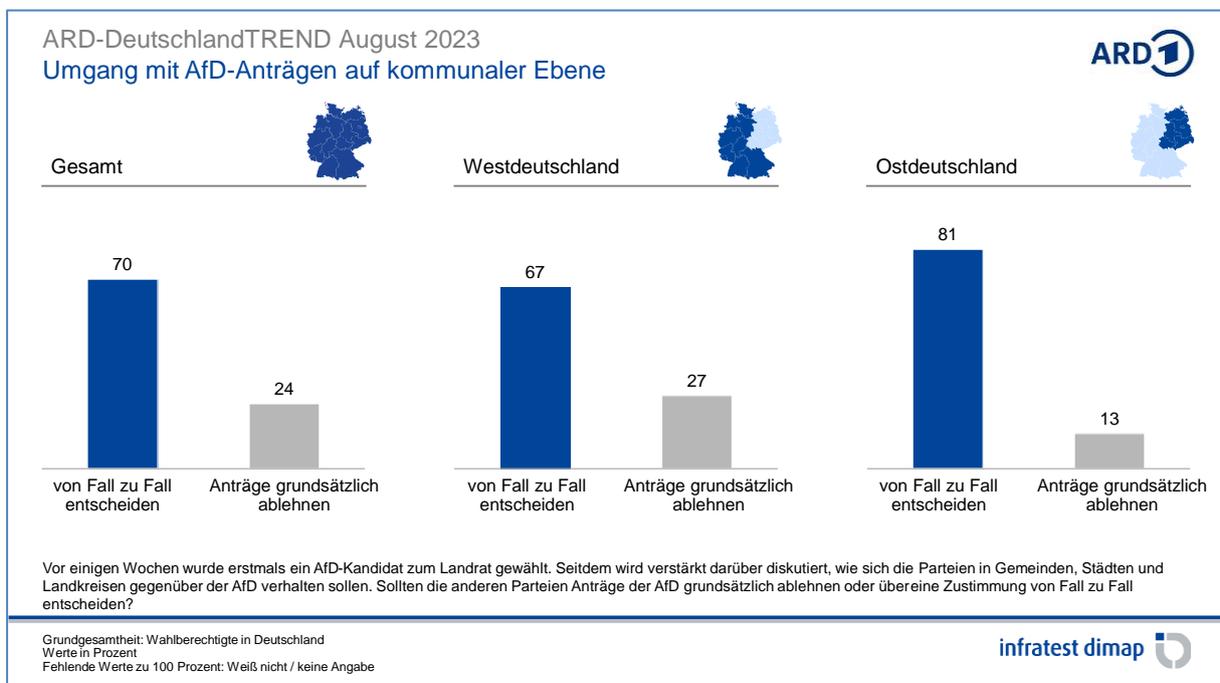
Der weiterhin geltende Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU zur AfD findet dagegen die mehrheitliche Zustimmung der Wahlberechtigten. 64 Prozent finden es richtig, dass die CDU eine Zusammenarbeit mit der AfD grundsätzlich ausschließt, 29 Prozent finden das nicht richtig. Die Zustimmung ist im Vergleich zu März 2020 zurückgegangen (-9 Prozentpunkte). Zudem sind die Unterschiede zwischen West und Ost gewachsen: Während in Westdeutschland gut zwei von drei Wahlberechtigten (68 Prozent; -8) die Haltung der CDU begrüßen, ist es in Ostdeutschland nur knapp jeder Zweite (47 Prozent) – 14 Prozentpunkte weniger als noch im März 2020. 46 Prozent der Ostdeutschen halten die Beschlusslage der CDU dagegen für falsch. Die Anhänger der CDU stehen weiterhin in großer Mehrheit hinter dem Beschluss ihrer Partei (75 Prozent).

Auch mit der Linken schließt die CDU bisher eine Zusammenarbeit aus. Dazu gehen die Meinungen der Wahlberechtigten auseinander: 43 Prozent finden das richtig, 46 Prozent nicht richtig. In Ostdeutschland stößt diese Beschlusslage der CDU auf mehrheitliche Ablehnung. 56 Prozent halten sie für falsch, nur 34 Prozent für richtig. Zwei Drittel der CDU-Anhänger (67 Prozent) stehen auch zu diesem Beschluss ihrer Partei.



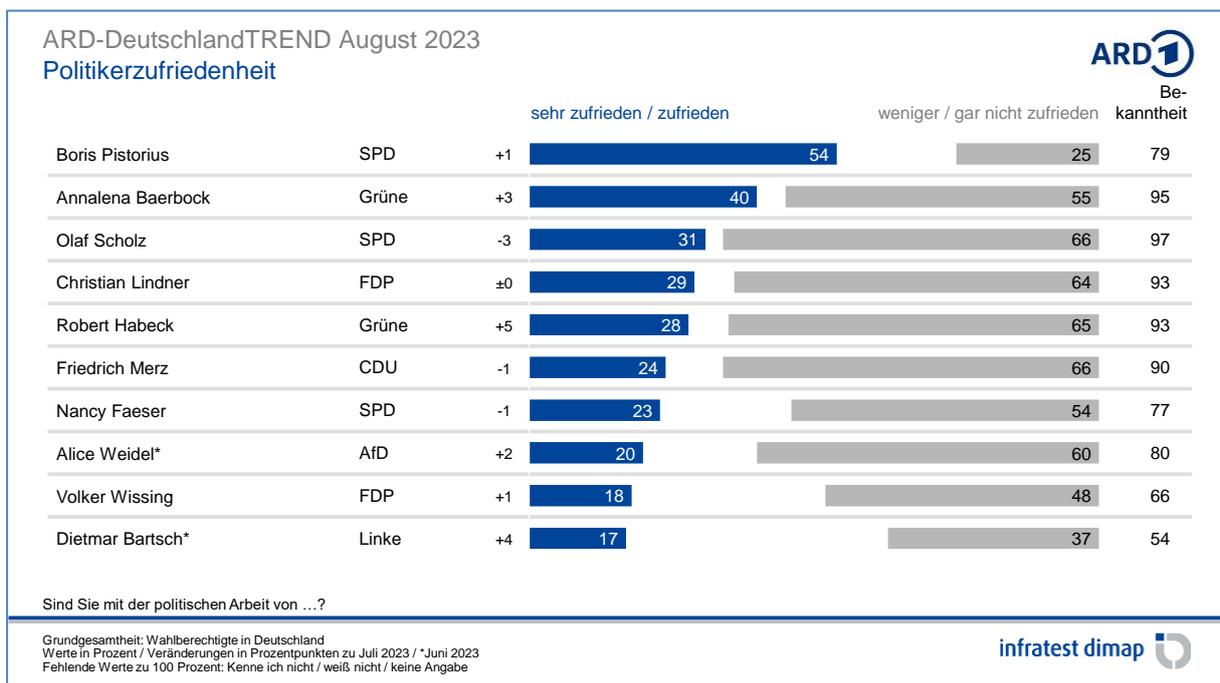
Umgang mit AfD-Anträgen auf kommunaler Ebene: Mehrheit wünscht sich Pragmatismus

Der Umgang mit der AfD ist nicht nur ein Thema für die CDU. Seitdem vor einigen Wochen erstmals in Deutschland ein AfD-Kandidat zum Landrat gewählt wurde, wird auch in anderen Parteien verstärkt diskutiert, wie in Gemeinden, Städten und Landkreisen mit der AfD umgegangen werden soll. Von den Wahlberechtigten in Deutschland findet etwa jeder vierte (24 Prozent), andere Parteien sollten Anträge der AfD grundsätzlich ablehnen. Sieben von zehn (70 Prozent) sind der Ansicht, dass die Parteien über eine Zustimmung zu AfD-Anträgen von Fall zu Fall entscheiden sollten. In Westdeutschland findet die grundsätzliche Ablehnung von AfD-Anträgen dabei doppelt so viel Zustimmung (27 Prozent) wie in Ostdeutschland (13 Prozent). Unter den Parteianhängern sind lediglich die Anhänger der Grünen (51 Prozent) mehrheitlich der Ansicht, dass Anträge der AfD grundsätzlich abgelehnt werden sollten. Die Anhänger der anderen Parteien können sich mehrheitlich mehr Pragmatismus auf kommunaler Ebene vorstellen.



Politikerzufriedenheit: Scholz und Merz mit persönlichen Tiefstwerten

In der Politikerrangliste rangiert Friedrich Merz nach leichten Verlusten nur noch im unteren Mittelfeld der Spitzenpolitiker. 24 Prozent (-1 zum Vormonat) zeigen sich mit seiner Arbeit zufrieden, 66 Prozent (+3) unzufrieden. Damit fällt er auf den niedrigsten Zufriedenheitswert im ARD-DeutschlandTREND seit seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender im Januar 2022. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz muss Einbußen in seiner Beliebtheit hinnehmen. Nur noch drei von zehn Wahlberechtigten (31 Prozent; -3) zeigen sich mit seiner Arbeit als Bundeskanzler zufrieden – auch für ihn der niedrigste Zufriedenheitswert im ARD-DeutschlandTREND seit Amtsantritt.



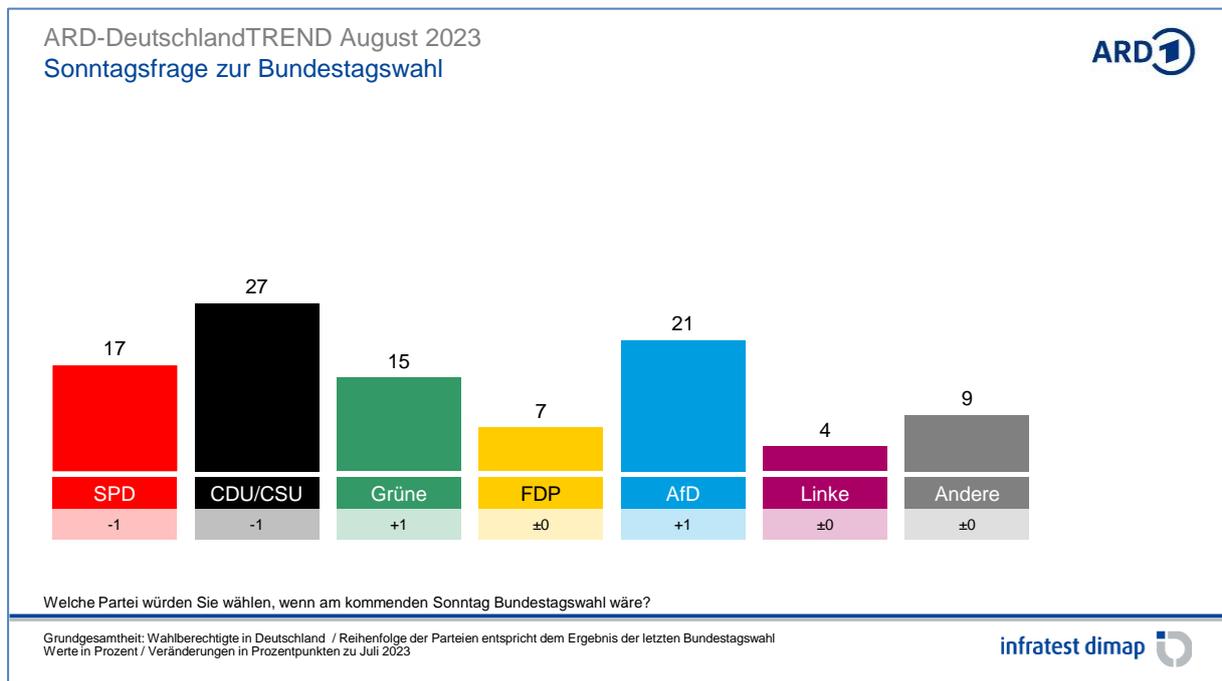
Angeführt wird die Politikerliste des ARD-DeutschlandTRENDs wie in den Vormonaten von Verteidigungsminister Boris Pistorius, der von mehr als der Hälfte der Bundesbürger (54 Prozent) positiv beurteilt wird. Nach leichtem Zugewinn (+1) erreicht der SPD-Politiker einen neuen persönlichen Bestwert im ARD-DeutschlandTREND. Er ist auch weiterhin der einzige Politiker, dessen Arbeit von der Bevölkerung mehr Zustimmung als Ablehnung erfährt. Ihm folgt nach leichten Verbesserungen zum Vormonat mit einem Zuspruch von 40 Prozent (+3) die Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock. Mit deutlichem Abstand folgt FDP-Finanzminister Christian Lindner, dessen Arbeit unverändert 29 Prozent überzeugt. Der Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck kann sich von seinem Ansehentief der beiden Vormonate etwas erholen (28 Prozent; +5) und landet knapp hinter Lindner auf dem fünften Platz.

Knapp ein Viertel der Bundesbürger äußert sich zufrieden zur Arbeit von Innenministerin Nancy Faeser (23 Prozent; -1). AfD-Fraktionschefin Alice Weidel findet Zuspruch von 20 Prozent der Wahlberechtigten. Nach einem Plus von zwei Punkten zu Juni erreicht sie ihren bisher höchsten Zufriedenheitswert im ARD-DeutschlandTREND. Es folgt FDP-Verkehrsminister Volker Wissing, dessen Arbeit ähnlich wie im Vormonat von gut jedem sechsten Bundesbürger (18 Prozent, +1 Juli) positiv

beurteilt wird. Trotz Ansehensgewinn rangiert der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch auf dem letzten Platz im Bevölkerungsurteil (17 Prozent; +4 zu Juni).

Sonntagsfrage: AfD mit neuem Allzeithoch

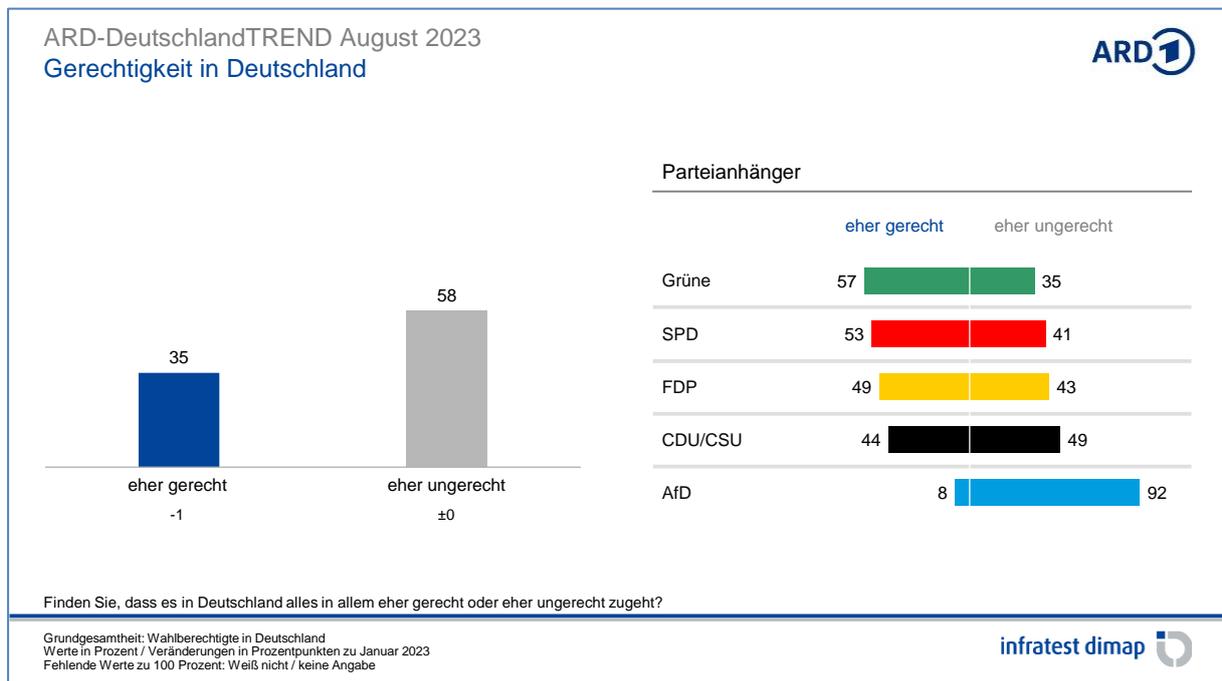
Bei einer Bundestagswahl zum jetzigen Zeitpunkt blieben die Ampelparteien weiter ohne Mehrheit. Die SPD würde 17 Prozent (-1 zu Anfang Juli) erzielen. Die Grünen hätten nach leichten Zugewinnen 15 Prozent (+1) in Aussicht. Die FDP käme unverändert auf 7 Prozent. Stärkste Kraft bei einer aktuellen Bundestagswahl wäre trotz leichten Verlusten weiterhin die CDU/CSU mit 27 Prozent (-1). An Platz zwei stünde wie im Vormonat die AfD, die mit 21 Prozent ihren Bestwert aus dem Juli nochmals übertreffen könnte (+1). Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 13 Prozent, darunter die Linke mit 4 Prozent.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

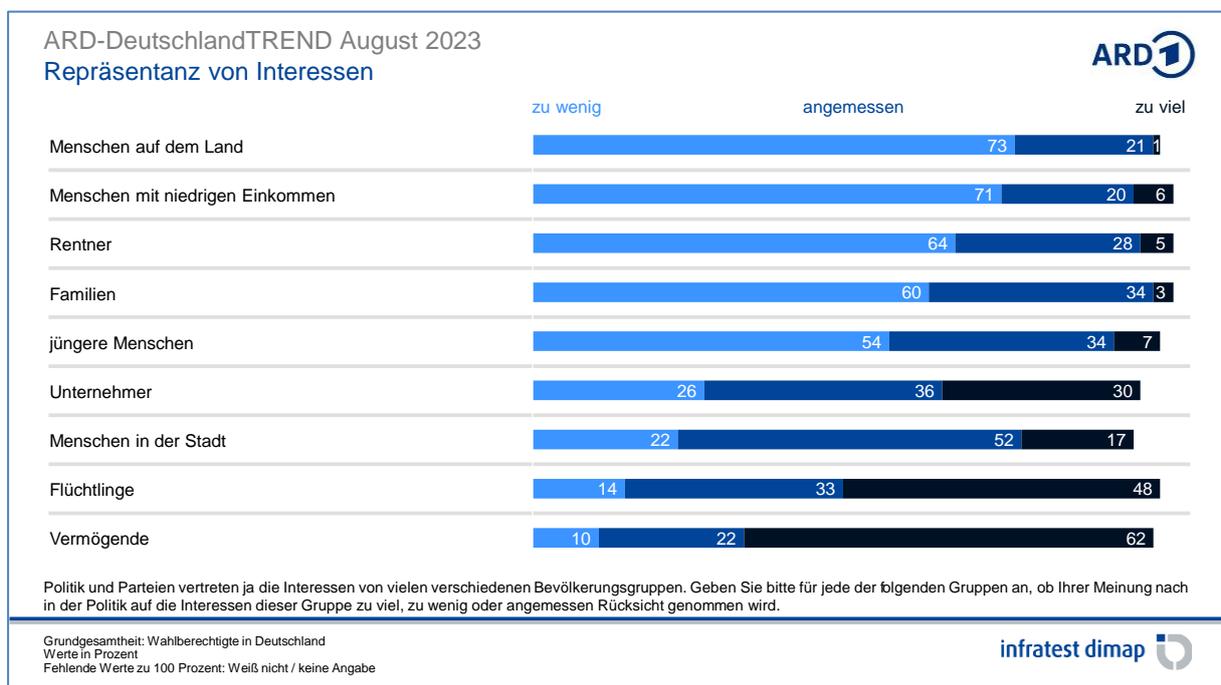
Weiter große Zweifel an gerechten Verhältnissen im Land

Die im letzten Jahr bereits deutlich gewachsene Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen wird von den Bundesbürgern auch weiterhin geäußert. Aktuell sind 58 Prozent der Meinung, es gehe in Deutschland alles in allem eher ungerecht zu (+/-0 zu Januar). Nur ein gutes Drittel (35 Prozent, +1) sieht eher gerechte Verhältnisse. Ähnlich wie zu Jahresbeginn ist das Ungerechtigkeitsgefühl vor allem unter Beziehern geringer Einkommen, Ostdeutschen und Anhängern der AfD besonders ausgeprägt. Dagegen schätzen in den Anhängerschaften der Ampelparteien jeweils knappe Mehrheiten die Verhältnisse als eher gerecht ein.



Zuviel Rücksichtnahme auf Interessen von Vermögenden und Flüchtlingen

Das von der Bevölkerungsmehrheit empfundene Ungerechtigkeitsgefühl hängt in erster Linie mit der Einkommens- und Vermögensverteilung im Lande zusammen. Gut sechs von zehn (62 Prozent) sind der Meinung, dass die Politik zu viel Rücksicht auf die Interessen der Vermögenden nimmt. Noch etwas mehr (71 Prozent) sagen, die Politik nehme zu wenig Rücksicht auf Menschen mit niedrigem Einkommen. Am wenigsten Anstoß nehmen die Anhänger der Liberalen an der Verteilung des Wohlstands im Land: Mehr als jeder zweite FDP-Anhänger sieht die Interessen von Vermögenden und vier von zehn die Interessen der unteren Einkommensgruppen von der Politik angemessen berücksichtigt.

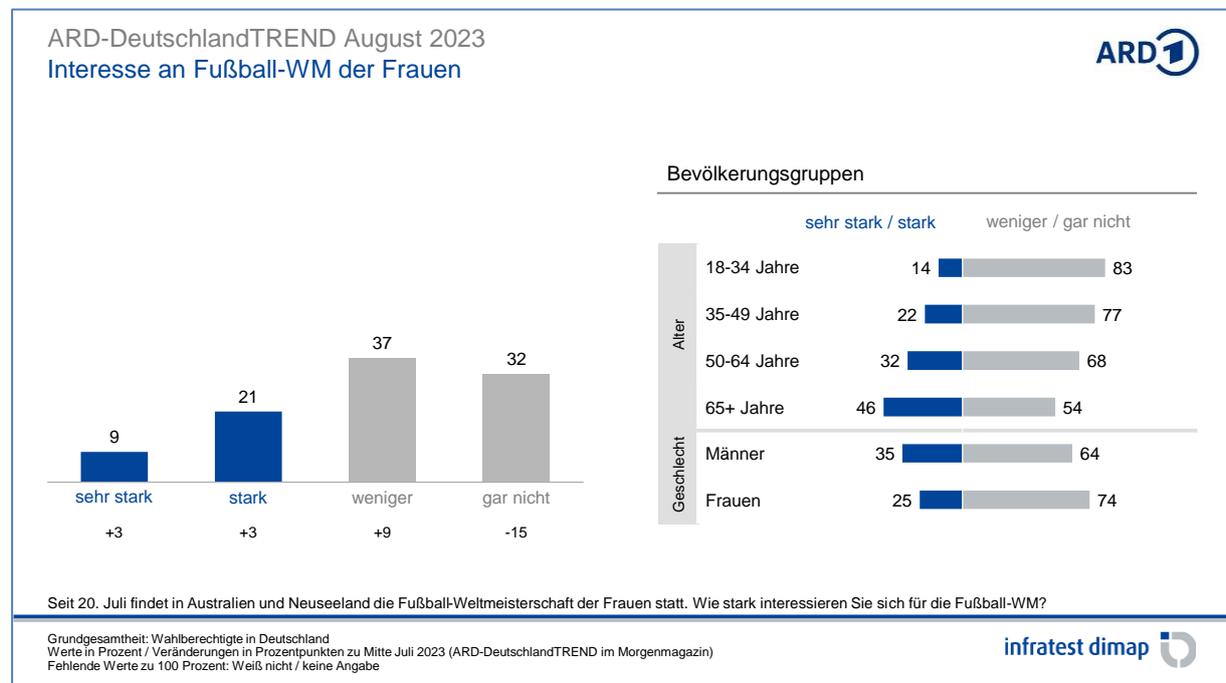


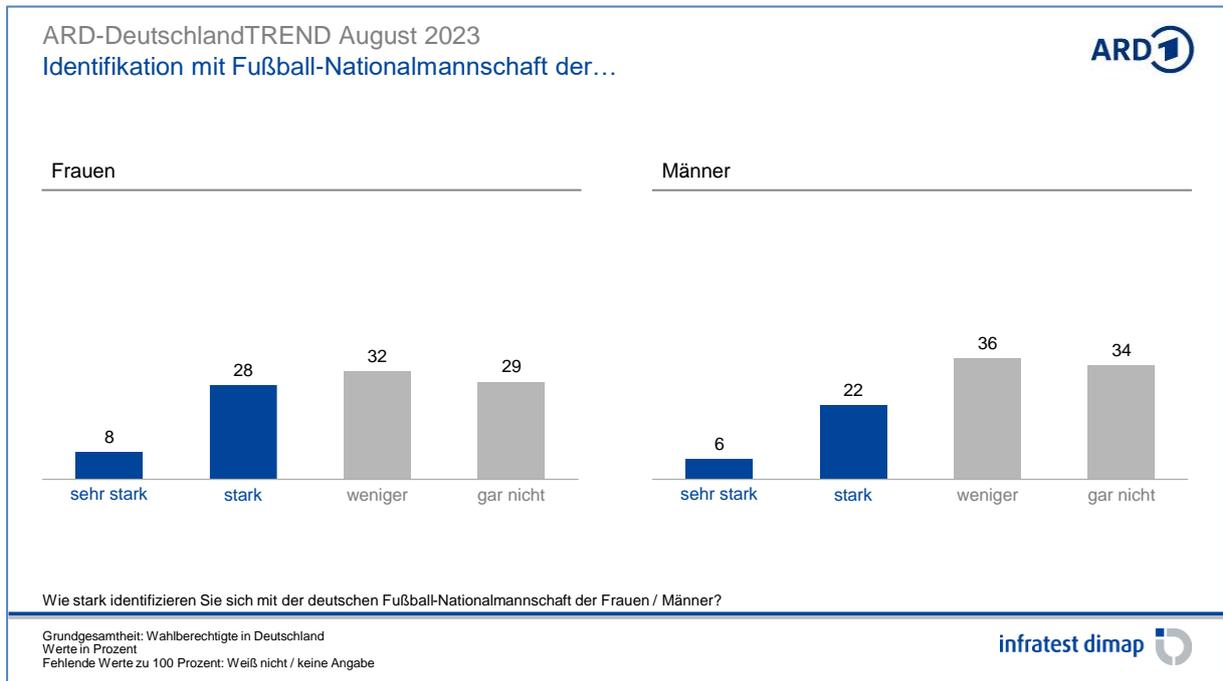
Zuviel Rücksicht nimmt die Politik in den Augen vieler (48 Prozent) auch auf die Interessen von Flüchtlingen, nur ein Drittel (33 Prozent) sieht eine angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen. Dabei unterscheiden sich insbesondere AfD- und Grünen-Anhänger in ihrer Einschätzung: Während AfD-Anhänger nahezu geschlossen (90 Prozent) zu viel Rücksichtnahme auf Flüchtlinge konstatieren, sind es unter den Grünen-Anhängern gerade einmal 9 Prozent. Jeder zweite Grünen-Anhänger (47 Prozent) sieht die Interessen von Flüchtlingen gar zu wenig berücksichtigt.

Zu wenig Gehör in der Politik finden – nach mehrheitlicher Ansicht der Bürger – neben Geringverdienern auch Menschen auf dem Land (73 Prozent), Familien (60 Prozent) und sowohl Rentner (64 Prozent) als auch jüngere Menschen (54 Prozent). Als vergleichsweise ausgewogen wird die Interessenvertretung von Stadtbewohnern bewertet. Gut die Hälfte (52 Prozent) sieht deren Interessen angemessen berücksichtigt, zu viel Rücksichtnahme einerseits und zu wenig andererseits beklagen je ähnlich viele. Ebenfalls relativ ausgewogen schätzen die Bundesbürger die Repräsentanz von Unternehmerinteressen ein, auch wenn hier die Einschätzungen weiter auseinandergehen: 36 Prozent halten deren Interessen für angemessen berücksichtigt, 26 Prozent sehen zu wenig, 30 Prozent zu viel Berücksichtigung.

Gestiegenes Interesse an Fußball-WM der Frauen

Das Interesse an der aktuellen Fußball-WM der Frauen ist mit Beginn und Fortgang des Turniers gestiegen. Mittlerweile interessieren sich 30 Prozent (+6 Prozentpunkte zu Mitte Juli) stark oder sogar sehr stark für das Turnier in Australien und Neuseeland. Nach wie vor hat mit 69 Prozent aber eine breite Mehrheit eher geringes oder gar kein Interesse. Insbesondere in den jüngeren Altersgruppen stößt die Frauen-Fußball-WM kaum auf Resonanz: Lediglich 14 Prozent der 18-34-Jährigen bekunden stärkeres Interesse. Trotzdem identifiziert sich ein gutes Drittel der Deutschen (36 Prozent) stark oder gar sehr stark mit der Nationalmannschaft um Bundestrainerin Martina Voss-Tecklenburg. Mit der Nationalmannschaft um Bundestrainer Hansi Flick identifizieren sich aktuell weniger Bürger (28 Prozent).





Sowohl das Interesse an dem aktuellen Turnier als auch die Identifikation mit den Nationalmannschaften ist unter Männern etwas höher ausgeprägt als unter Frauen. Dabei differenzieren Frauen bei ihrer Identifikation mit den Mannschaften deutlich stärker nach Geschlecht als Männer: Während sich die Männer zu 40 Prozent mit dem Frauenteam und zu 36 Prozent mit dem Männerteam identifizieren, können sich immerhin 32 Prozent der Frauen mit der Frauennationalmannschaft identifizieren, aber nur 22 Prozent der Frauen mit der Männernationalmannschaft.

ARD-DeutschlandTREND August 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Christian Spinner	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.297 Befragte (773 Telefoninterviews und 524 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinne- rung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	31. Juli bis 02. August 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Dr. Stefan Merz	030 533 22-0